

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt einleitend, am vergangenen Montag sei er Gast der Ratsfraktionen CDU und BIZ gewesen. Dabei habe er noch einmal unterstrichen, dass zur Vermeidung einer chaotischen Situation und eines erheblichen Verwaltungsaufwandes eine Beschlussfassung des Haushalts 2011 aus Sicht des Stadtvorstandes unbedingt erforderlich sei. Die Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion habe ihm gestern ein – im Übrigen auch in Auszügen der Presse zu entnehmendes - Schreiben zugestellt mit 10 Anregungen künftiger Sparpolitik, die er zum Teil für durchaus zielführend halte. Man werde diese im weiteren Verfahren mit abarbeiten – insbesondere in der Haushaltsstrukturkommission, sofern sie beschlossen werde. Er bedanke sich bei den Fraktionen SPD und FBG für die bisherige Unterstützung des Haushalts und hoffe, dass nunmehr nach den erfolgten Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses über die so genannte Sparliste weitere Fraktionen bzw. Ratsmitglieder den Weg freimachten für eine planbare Haushaltswirtschaft.

Rm Diederichs-Seidel (Bündnis 90 / Die Grünen) trägt vor, nach den großen und kleinen Verwirrungen im Frühjahr seien die Grünen der Meinung, man sollte diesen Haushalt jetzt endlich nach Trier senden. Die Grünen würden dafür den Weg frei machen und sich bei der Abstimmung enthalten. Man erkenne damit den Sparwillen der Verwaltung an. Jedes Amt sei gehalten gewesen, zunächst im eigenen Ressor eine 8%ige Kürzung vorzuschlagen. Man könne sicher angesichts der Schuldenlast mit einigem Schmunzeln betrachten, wenn hier und da eine Anschaffung einer Druckerpatrone von 46,00 Euro, Fachliteratur für 50,00 Euro oder der turnusgemäße Satz neue Sommerreifen eingespart werden solle. Und wenn man feststelle, dass diese Sparbemühungen nur für diesen Haushalt gelten würden, so werde das, was man heute unter Tagesordnungspunkt 4 (Haushaltsstrukturkommission) diskutiere, umso wichtiger. In den Verhandlungen zum Haushalt habe sich der Oberbürgermeister in seiner Position bewegt, die Fraktionen hätten sich bewegt und auch die Verwaltung habe einen Anfang gemacht. Man wolle den Konsolidierungswillen der Verwaltung unterstützen; frage sich aber gleichzeitig, warum bestimmte Einsparungen erst heute realisiert würden, wenn etwa die als ständige Aufgabe der Verwaltung definierte Organisationsentwicklung zum letzten Mal vor 10 Jahren stattgefunden, jetzt auf einmal wohl 700.000 Euro zu heben seien oder wenn in der nächsten Heizperiode in den Schulen die Durchschnittstemperaturen um ein Grad gesenkt werden könne. Alle Fraktionen hätten in den Beratungen versucht, eine soziale Schieflage bei den Sparbemühungen zu vermeiden und etliche Vorschläge seien mehrheitlich auf Null gesetzt worden. Er wolle nicht alle Einsparungen kommentieren, jedoch vor allem die Bürgerinnen und Bürgern auf den Grundsatz hinweisen, dass man mit dem Kehren stets vor der eigenen Haustür anfangen solle. Deshalb erneuerten die Grünen den Antrag aus den Haushaltsberatungen, den Verwaltungskostenzuschuss für die Fraktionen im Haushalt 2011 um 50 % zu kürzen. Das brächte Einsparungen von über 60.000 Euro. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 5 % lägen noch unter den Konsolidierungsvorgaben für die Ämter. Dies sei nach Ansicht der Grünen unzureichend. Grundsätzlich könne er sich den Hinweis nicht verkneifen, dass es sich hierbei oftmals um Kleinbeträge handle. Die Schieflage des Haushalts sei nicht zuletzt einer mangelnden Konnexität geschuldet. Die Gewerbesteuer sei extrem krisenanfällig und man werde lange brauchen, das Niveau von 2008 wieder zu erreichen. Aber es gebe auch hausgemachte Probleme. Die Großprojekte in Koblenz, vor deren gleichzeitiger Abarbeitung die Grünen immer gewarnt hätten, würden allen starke Fesseln anlegen.

Man müsse in der Zukunft den Blick verändern. Die letzten 60 Jahre seien dadurch geprägt gewesen, neue Dinge aufzubauen, neu zu gestalten und zu expandieren. Die Aufgaben der Gegenwart und für die nächsten 20 Jahre bestünden darin, sich zu bescheiden und ggf. sogar

zurück zu bauen bzw. den Bestand zu pflegen. In Bezug auf die Haushaltskonsolidierung gebe es noch eine zweite Quelle für externes Expertenwissen in der beabsichtigten Kommission. Diese Experten seien die Bürgerinnen und Bürger von Koblenz, die die Mitglieder so weise in den Rat gewählt hätten. Prof. Schwarting habe zuvor in seinem Vortrag explizit darauf hingewiesen. Die Grünen hätten nichts dagegen, wenn sich der Oberbürgermeister den Antrag ihrer Fraktion zum Bürgerhaushalt zu Eigen machen würde. Bürgerhaushalte funktionierten nicht nur in vielen anderen Großstädten hervorragend, sie würden unter dem Strich auch von allen Parteien befürwortet. Sie stärkten vor allem aber auch die Akzeptanz haushalterischer Entscheidungen in Zeiten der Kürzungen. Bürgerinnen und Bürger sollten nicht die Arbeit des Rates übernehmen, aber sie sähen in ihrer jeweiligen täglichen Umgebung oft viel klarer mögliche Einsparpotenziale. Bevor wieder das Argument käme, die Einführung eines Bürgerhaushaltes wäre oft zu teuer, wolle er die Frage stellen, ob es am Ende nicht viel billiger sei, wenn man rechtzeitig in die Stärkung der Demokratie investiere.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig nimmt Bezug auf die Anmerkung des Vorredners im Hinblick auf die Organisationsüberprüfung insbesondere im Sozialbereich. Dazu habe am gestrigen Tag eine Besprechung mit der Bürgermeisterin, den zuständigen Mitarbeitern des Sozialamtes sowie des Haupt- und Personalamtes stattgefunden, um zu sehen, wie man mit der Organisationsuntersuchung weiter fortfahre. Das Problem bestehe darin, dass der Stadt ein Angebot vorliege, das man allerdings im Augenblick für noch nicht so substanzvoll halte, um sicher zu sein. Wenn die Stadt eine hohe Summe Geld in die Hand nehme und am Ende der erzielte Sparbetrag auf Grund der Ratschläge und Analysen nicht höher sei, habe man ein Problem. Aus diesem Grund brauche man für eine derartige Organisationsuntersuchung begründete Hypothesen, in welchen Bereichen man denn tatsächlich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Sparerträgen käme. Diese aber seien bisher noch nicht so substanzvoll vorgetragen worden, dass man sich dazu hätte entschließen können, eine Organisationsuntersuchung in Analogie zu der vor 10 Jahren stattgefundenen durchzuführen. Denn deren Ergebnisse seien alle umgesetzt worden, so dass sich die Frage stelle, ob man heute noch das entsprechende Synergiepotential innerhalb der Organisationsstrukturen der Sozialverwaltung habe. Dieser Punkt sei bisher nicht abschließend zu beantworten gewesen. Daher habe man sich dafür entschlossen, weitere Angebote einzuholen und im Übrigen das Thema dann auch zum Gegenstand der Haushaltsstrukturkommission zu machen.

Rm Wefelscheid (BIZ) führt aus, der vorgelegte Haushaltsentwurf unterscheide sich nur unwesentlich vom letzten Entwurf. Statt eines Jahresfehlbetrages von 57,4 Mio. Euro weise dieser nun einen Jahresfehlbetrag von „nur noch“ 54,8 Mio. Euro aus. Ursächlich dafür sei die Einarbeitung der „Spar- und Streichliste“ gewesen. Dabei habe es sich jedoch keinesfalls um die Einleitung grundlegend struktureller Reformen gehandelt – einer Kernforderung der BIZ-Fraktion. Hinsichtlich der Notwendigkeit der Einleitung struktureller Reformen und der Durchführung kurz-, mittel- und langfristiger Konsolidierungsmaßnahmen verweise er auf seine Etatrede vom 08.04.2011. Im Kern leide auch dieser Haushalt aus Sicht der BIZ-Fraktion an denselben Umständen wie der letzte, nämlich der Unverhältnismäßigkeit der Mittelverwendung. Diesbezüglich verweise er auf Unterpunkt 4) seiner Etatrede vom 08.04.2011. Dass unter Punkt 4 der heutigen Tagesordnung die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission erfolgen solle, sei zwar im Grundsatz richtig. Auswirkungen auf den Haushalt 2011 habe dieses Zukunftsprojekt jedoch noch keine. Der vorgelegte Haushaltsentwurf bleibe trotz Einarbeitung der Sparliste ein Schuldenhaushalt bei zugrunde liegender unverhältnismäßiger Mittelverwendung. Die BIZ-Fraktion lehne diesen Haushalt ab.

Rm Biebricher (CDU) trägt vor, die CDU-Fraktion habe in der letzten Ratssitzung den Haushalt abgelehnt, weil man angesichts der dramatischen Haushaltslage und der noch dramatischeren Projektion für die nächsten Jahre der Meinung sei, dass es mit einem einfachen „weiter so“ nicht getan wäre. Die Sparliste sei ein Ansatz, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein mit symbolischem Charakter. Deshalb fordere die CDU-Fraktion strukturelle Reformen und zwar sofort, weil es eine Zeit dauere, bis diese greifen würden. Man wolle diesen Prozess aber konstruktiv begleiten und habe, wie zuvor vom Oberbürgermeister erwähnt, eine Liste von 10 Vorschlägen zusammengestellt, die man heute hier einbringen wolle. Da diese nicht allen Bekannt sei, werde er diese vortragen:

- „ 1. Einer der Hauptausgabebereiche einer Verwaltung sind die Personalkosten. Wir erwarten eine mit einer Zeitachse verbundene Planung des Oberbürgermeisters zur Überprüfung, Veränderung und ggf. Neuorganisation der Neustruktur der Verwaltung.
2. Wir erwarten ein mit einer Zeitachse versehenes Tableau der Aufgabenkritik mit möglichen Lösungsansätzen.
3. Wir erwarten eine auf drei bis fünf Jahre angelegte Liste mit den Hauptinvestitionen, die die Stadt leisten muss. Wir sehen mit Sorge die nicht offene Unterrichtung des Rates über die notwendigen Brückensanierungen in Koblenz. In diese Liste gehört auch die Frage, wie in dem genannten Zeitraum mit dem Thema Hallenbad verfahren werden soll.
4. Wir erwarten eine Aufstellung der Planung der Stadt Koblenz bezüglich des Haushaltes der Bundesgartenschau. Hierzu gehört die Frage, inwieweit das Land seine angekündigten Zuschüsse geleistet bzw. mit welcher Frist zugesagt hat. Dazu gehört auch ein Nachnutzungskonzept mit der damit verbundenen Kostenfolge.
5. Im Rahmen der Aufgabenkritik ist auch die Frage der Organisation von wichtigen kostenintensiven Aufgaben der Stadt Koblenz zu stellen. Hier ist insbesondere auf den Bereich des Gebäudemanagements zu verweisen.
6. Nach dem Scheitern der EDV zur Doppik stellt sich die Frage, wann die Stadt Koblenz durch Einsatz einer funktionstüchtigen Programmierung einen weiteren substantiellen Schritt in eine effektive Verwaltung tun wird.
7. Die CDU-Fraktion erwartet eine klare Analyse bezüglich der durch Bundes- bzw. insbesondere Landesgesetze vorgegebenen Ausgaben und die hierzu folgende Erstattung durch Bund oder Land.
8. Im Rahmen der Aufgabenkritik ist auch eine kritische Bestandsaufnahme der Beteiligung der Eigenbetriebe der Stadt Koblenz zu leisten. Die CDU-Fraktion ist der Überzeugung, dass auch in diesem Bereich keine Tabus gelten dürfen.
9. Die Standards bei der Erfüllung von Pflichtleistungen weichen innerhalb der rheinland-pfälzischen Kommunen stark voneinander ab. Es soll überprüft werden, wie unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben Einsparungen erzielt werden können.

10. Neben der Untersuchung von Einsparpotentialen soll andererseits auch eine intensive Prüfung auf neue oder höhere Einnahmemöglichkeiten für die Stadt Koblenz durchgeführt werden.“

Rm Biebricher (CDU) fasst zusammen, die CDU-Fraktion wolle strukturelle Reformen. Man habe eine Haushaltsstrukturkommission in Aussicht gestellt bekommen, die man befürworte, wenn man auch bei den Modalitäten noch etwas anderer Meinung sei. Aber dies könne man bei Aufruf des Tagesordnungspunktes beraten. Darüber hinaus habe seine Fraktion 10 konkrete Vorschläge vorgelegt, von diesen zuvor schon seitens des Oberbürgermeisters gesagt worden sei, er könne teilweise dahinter stehen. Ein etwas klares Signal, dass diese Punkte nicht nur in die Haushaltsstrukturkommission eingebracht würden, sondern dass der Oberbürgermeister und Kämmerer maßgeblich hinter dieser vorgetragenen Liste stehe, würde schon helfen, von der bisherigen Situation des Ablehnens des Haushalts wegzukommen.

Rm Bordelle (FDP) äußert, die FDP-Fraktion sehe in dem neuen Haushalt keine substantielle Veränderung und lehne diesen ab.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann merkt an, seit 17 Jahren sei sie Mitglied des Rates und werde immer wieder um Überraschungen und Merkwürdigkeiten klüger, die einem Ratsmitglied begegneten. Seit Januar 2011 befinde sich der Rat in Haushaltsklausur in unterschiedlichen Phasen und seit diesem Zeitpunkt hätten alle möglichen Einsparvorschläge unterbreitet werden können. Jede Fraktion hätte die Möglichkeit gehabt, solche Vorschläge einzubringen. Es sei in der Vorbereitung im Haupt- und Finanzausschuss und im Ältestenrat viel darüber diskutiert worden, wie es mit der Zukunft des Haushaltes weitergehen solle. Der Oberbürgermeister habe an dieser Stelle bis hin zur unter Punkt 4 vorgeschlagenen Kommission schon viele Signale gegeben.

Sie wisse um den Druck der CDU-Fraktion aus der Bevölkerung, weil es ihr berichtet worden sei und ihr sei auch bekannt, dass diese nun die Kurve bekommen müssten. Sie wirft die Frage auf, was an dem gerade Vorgetragenen neu sei, das nicht im Vorfeld schon genannt worden sei. Natürlich sei klar, dass die Strukturen der Verwaltung alle überprüft werden sollten. Hauptziel müsse sein, dass das Personal keine Überstunden leiste. Man müsse die Einnahmeseite betrachten und die Ausgaben gegenüberstellen. Wenn sie dann lese, innerhalb eines Jahres solle die Angelegenheit behandelt werden, dann unterstelle sie, dass niemand solche Umstrukturierungen mitgemacht habe. Sie habe es in keinem Betrieb erlebt, dass so starke Umstrukturierungen in einem Jahr umgesetzt würden, wie es in dem Antrag zu lesen sei.

Des Weiteren fordere der Antragsteller, dass die Kostenschätzungen für die Brückensanierung vorlegt werden sollten. Einen entsprechenden Beschluss habe der Fachbereichsausschuss IV bereits auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Diesen Punkt hätte man damit nicht mehr vom Oberbürgermeister fordern müssen, denn der Baudezernent habe schon zugesichert, den Rat regelmäßig zu informieren.

Keiner der Punkte beinhalte wirklich etwas Neues. Es sei eine Zusammenfassung dessen, was im Ältestenrat erarbeitet worden sei. Sie wirft die Frage auf, was sich in den letzten vier Wochen wirklich geändert habe. Auf Druck der CDU-Fraktion habe man die Beratung über die Sparliste vorgezogen. Ob dies taktisch klug gewesen wäre, sei dahingestellt. Rm Wefelscheid habe zu Recht gesagt, dies sei nicht die Konsolidierung auf 10 Jahre. Sie frage, was dies gebracht habe. Vier Wochen hätten die freien Träger ebenso wie die Sportvereine länger auf ihre Leistungen warten müssen. Zudem habe man für alle Bürger eine handlungsfähige Verwaltung verhindert. Auch wenn es unangenehm sei, aber dies sei die Wahrheit.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke gibt bekannt, die FBG-Fraktion stimme auch dem vorliegenden Haushalt zu, nachdem sie bereits dem vorherigen zugestimmt habe. Es wäre doch seltsam, diesem nicht zuzustimmen, obwohl sich nichts geändert habe außer der nun eingearbeiteten Sparliste. Dies sei nicht die Politik seiner Fraktion.

Zudem sei die FBG-Fraktion dankbar, dass die CDU-Fraktion Vorschläge unterbreite. Diese seien zwar nicht neu, aber darüber könne man beraten. Wenn man heute eine Mehrheit für den Haushalt erzielen könne, dann habe der Rat gute Arbeit geleistet.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer drückt ihre Überraschung über den Redebeitrag der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus. Durch die Ablehnung ihrer Fraktion sei erst Bewegung in die Sache gekommen. Man habe immer gedacht, die CDU-Fraktion stimme sowieso wieder zu und man habe gute Gründe gehabt, den Haushalt abzulehnen. Wenn man nun vortrage, die unterbreiteten Vorschläge seien nicht neu, dann sei dies zutreffend, aber diese seien auch nie umgesetzt worden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist auf seine einleitenden Worte. Er habe bereits ausgeführt, dass er die 10 Anregungen der CDU-Fraktion für zum Teil durchaus zielführend halte, die Verwaltung diese im weiteren Verfahren abarbeiten werde und sie daher in die Haushaltsstrukturkommission einbringen werde. Er sehe keine Notwendigkeit, einzelne Ziffern im Detail zu beleuchten. Die generelle Haltung sei klar. Jeder, der Vorschläge unterbreite, die sich zu diskutieren lohnten, werde diese entsprechend im weiteren Verfahren wieder finden.

Rm Assenmacher (CDU) führt aus, man begehe in diesem Monat auch das Jubiläum ein Jahr Amtswechsel des neuen Oberbürgermeisters. Zuvor habe der Oberbürgermeister gesagt, es gebe Dinge, die erwägenswert seien. Alle hätten eben ausgeführt, dies seien Punkte, die man schon kenne. Daher lege die CDU-Fraktion großen Wert darauf, dass man mit diesem Haushalt auf Grund von Zahlen, die man seit 2009 kenne, endlich anfangen, nicht nur darüber zu Reden, sondern etwas zu tun. Deswegen sei es sicherlich ein ganz schweres Thema, beim Sparen die Frage zu stellen, was könne und was müsse man sich leisten und gerade das, was die CDU-Fraktion heute noch einmal zusammengetragen habe, seien genau die Punkte, wo es um das strukturelle Sparen ginge. Die Ausgabenpolitik, die nicht aufgabenkritisch vorgenommen werde, gehöre der alten Zeit an. Wer in diesem Denken verfangen bleibe und sich nur in Ankündigungen erschöpfe, gehöre nicht in die Zeit von moderner Haushaltspolitik. Das müsse man einmal deutlich sagen. Deswegen erwarte die CDU-Fraktion auch nicht, dass es gut sei, darüber zu reden, sondern man erwarte, dass man ernsthafte Diskussionen und klare Ergebnisse. Innerhalb dieses Prozesses könne man zu der Auffassung gelangen, man wolle dieses oder jenes nicht. Aber dann müsse dies auch einmal deutlich gesagt werden, damit man politisch dem Bürger gegenüber das vertreten könne, für das man einstehen wolle.

Die Ausführungen von Prof. Schwarting beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt seien ein hervorragendes Referat zu dieser Debatte, weil er genau aufgedeckt habe, dass es notwendig sei, strukturell in einem offenen, transparenten Dialog diese Fragen zu erörtern. Diese Transparenz wolle man haben. Dass der Vorredner dann sogar noch gesagt habe, man dürfe sich nichts zerreden lassen, halte er für richtig. Denn entweder habe man als Demokraten den Mut, darüber offen zu diskutieren und seine Meinung zu vertreten oder man gehöre eben nicht in die Parlamente.

Rm Altmaier (SPD) möchte die pauschale Kritik an der Verwaltung noch einmal richtig stellen. Es sei nicht so, dass hier ein Apparat in der Verwaltung sei, der unproduktiv sei und nur Geld koste. Seines Erachtens sei in den vorherigen Sprüchen viel heiße Luft gewesen. Wenn strukturelle Reformen angemahnt würden, dann werde man nicht umhin können, bei der nächsten Haushaltsberatung auch konkrete Vorschläge zu unterbreiten von Seiten der Fraktion, wo in Euro und Cent gespart werden solle. Es könne nicht so sein, dass der Oberbürgermeister mit seinen Vorschlägen der Politik „ein Messer in die Hand gebe“, wo man dann in der Verwaltung etwas „herausschneiden“ könne. Das werde eine gemeinsame Aufgabe sein und dann reiche es nicht, nur zu sagen, man brauche strukturelle Reformen und fordere dies in 10 Punkten, die altbekannt seien. Die Zeit für blumige Reden sei vorbei, wenn denn die Haushaltslage so schlimm sein sollte, wie sie dargestellt werde. Er hoffe, dass dann heute eine Mehrheit dem Haushalt zustimme.

Er selbst mache dies ungern, weil die Sparliste der Verwaltung nicht so hilfreich gewesen sei in der gesamten Diskussion um die Neustrukturierung des Haushalts wie erhofft. Dies seien wenig strukturelle Vorschläge gewesen, aber diese sollten dann wohl nun von allen Fraktionen in der Haushaltsstrukturkommission behandelt werden. Er freue sich daher auf die Haushaltsberatungen 2012 und sei gespannt, wie man dann über welches Projekt spreche.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Änderungsantrag der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ zur Abstimmung, wonach der Stadtrat beschließen möge, die Verwaltungskostenzuschüsse an die Fraktionen im Produkt 100114 um 50 % zu reduzieren.

Der Stadtrat lehnt diesen bei 6 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Anschließend stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Beschlusstenor zur Abstimmung.